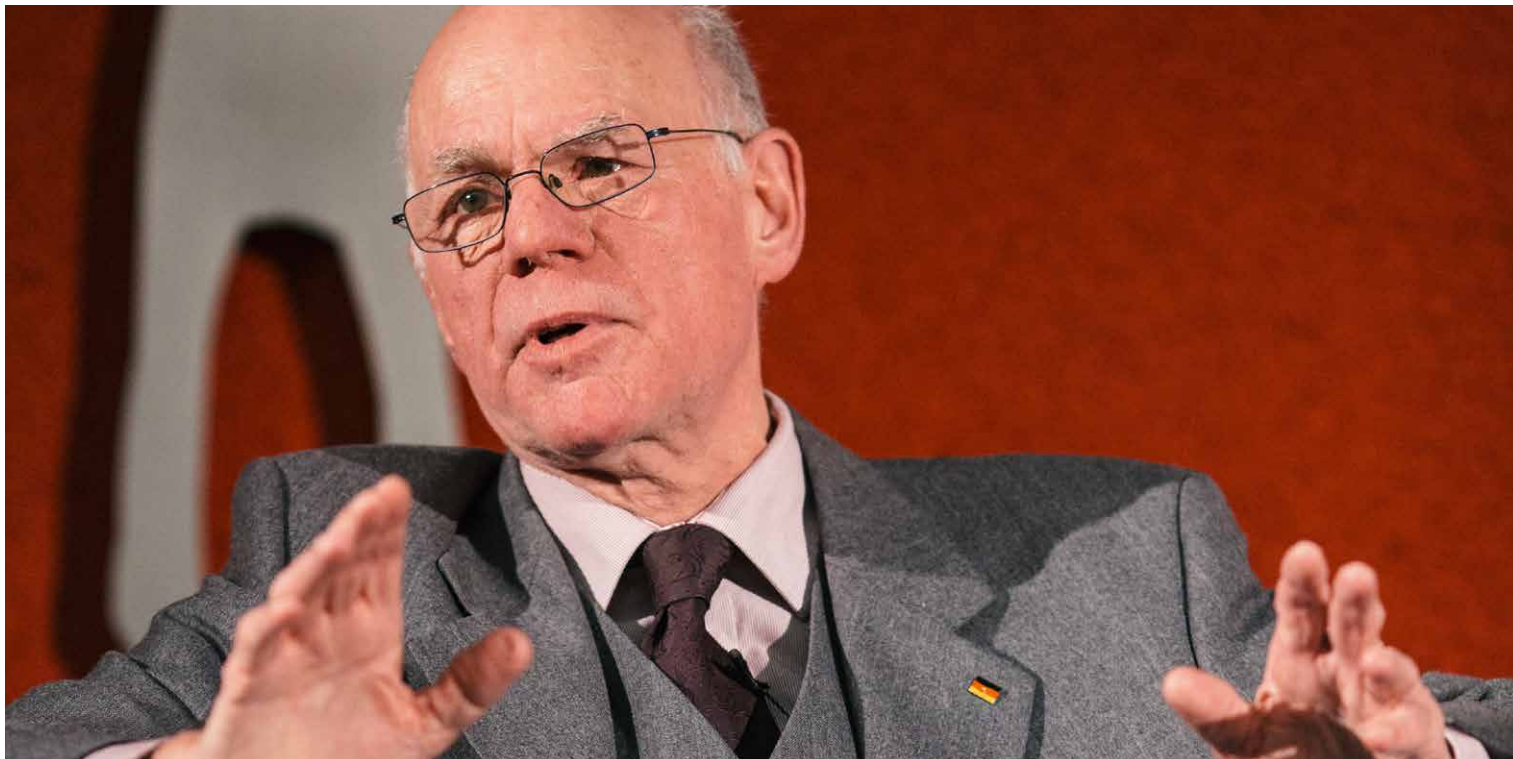


# DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE  
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Respektvoller Umgang im politischen Streit«  
am 31. Januar 2017



# DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE  
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Respektvoller Umgang im politischen Streit«  
am 31. Januar 2017



Vortrag von Prof. Dr. Norbert Lammert und  
anschließendes Gespräch mit Frank Richter

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

## Inhalt

**Eröffnungsansprache**  
von Dr. Matthias Rößler,  
Präsident des Sächsischen Landtags .. 6

**Vortrag**  
von Prof. Dr. Norbert Lammert,  
Präsident des  
Deutschen Bundestages ..... 10

**Vorstellung der Gesprächspartner**  
Prof. Dr. Norbert Lammert und  
Frank Richter ..... 21

**Podiumsgespräch ..... 24**

Impressum:  
Herausgeber:  
Sächsischer Landtag  
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten  
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten  
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:  
Ivo Klatte, Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Redakteur:  
Dr. Thomas Schubert,  
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Fotos:  
Oliver Killig  
Könneritzstraße 7  
01067 Dresden

Gestaltung, Satz:  
Ö GRAFIK agentur für marketing und design  
Wittenberger Straße 114 A  
01277 Dresden  
www.oe-grafik.de

Diese Publikation wird im Rahmen der  
Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags  
kostenfrei an Interessierte abgegeben.





»Politische Streitkultur darf nicht aus den Fugen geraten«  
Eröffnungsansprache  
von Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Verehrter Herr Bundestagspräsident,  
lieber Norbert Lammert,  
verehrte Präsidentin des Landtags  
von Sachsen-Anhalt,  
sehr geehrte Vertreter der  
Staatsregierung,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen  
des Bundestages und  
des Sächsischen Landtags,  
lieber Frank Richter,  
meine sehr geehrten Damen  
und Herren,

Ich freue mich, Sie hier im Ständehaus  
zum Dresdner Gesprächskreis begrüßen  
zu können. Die Tatsache, dass Sie in  
so großer Zahl unserer Einladung gefolgt  
sind, sie zeigt mir, unser Thema  
»Respektvoller Umgang im politischen  
Streit« ist von Interesse. Ich hege aber  
auch den leisen Verdacht, unser heutiger  
Redner Norbert Lammert und der Um-  
stand, dass es sich um Frank Richters  
letzten Arbeitstag als Direktor der Säch-  
sischen Landeszentrale für politische  
Bildung handelt, könnten sich positiv  
auf die Teilnehmerzahl ausgewirkt

haben. Was auch immer Sie hierher  
geführt hat, herzlich willkommen zu  
unserer Veranstaltung.

Meine Damen und Herren, »geistige  
Studien bessern die Sitten«. Der Satz  
des römischen Dichters Orvid passt  
in zweifacher Weise zu unserer Veran-  
staltung. Zunächst ist es mittlerweile  
gute Tradition, dass wir uns in den  
Dresdner Ständehausgesprächen diffe-  
renziert mit Themen auseinandersetzen,  
die uns umtreiben und die öffentliche  
Debatte bestimmen. Wir haben über TTIP  
und das deutsch-amerikanische Ver-  
hältnis diskutiert, die nicht ganz einfache  
Beziehung von Politik und Medien er-  
örtert oder unsere Parteiendemokratie  
kritisch beleuchtet. Das heutige Thema  
fügt sich hier nahtlos an. Es ist hoch-  
aktuell und hochinteressant.

Darüber hinaus wenden wir uns heute  
den Sitten selbst zu, speziell der Kultur  
des politischen Mit- und Gegeneinanders.  
Denn um sie steht es in Deutschland  
momentan nicht zum Besten. Im Inter-

net wird gehetzt und gepöbelt, was  
das Zeug hält. Im politischen Raum ist  
die Trugrede, der Sophismus, wieder  
angesagt. Postfaktisches grassiert und  
sogenannte »alternative Fakten« werden  
hemmungslos gestreut. Feindbilder  
erstarken in unserer Gesellschaft, der  
Hass auf Parlamente und Parlamentarier  
gedeiht. Hundert-, ja tausendfach rufen  
Demonstranten »Volksverräter«. Dieser  
unsägliche Begriff aus der Kehle des  
Nationalsozialismus, der schon einmal  
politische Gegner und missliebige  
Gruppen verunglimpfte, er hat wieder  
Konjunktur – selbst bei einigen Politikern.  
Aber nicht nur das Vokabular, auch der  
dunkle Duktus und die rigorose Argu-  
mentation vergangener Zeiten sind mit  
manchem zurück.

Hannah Arendt sagte einst: »Das Spre-  
chen ist auch eine Form des Handelns.«  
Für mich heißt das auch, die Art wie  
wir öffentlich zu sprechen pflegen, wie  
wir politisch miteinander streiten,  
erlaubt Rückschlüsse auf die Art unseres  
Handelns. Eine von Feindseligkeit und



Verunglimpfung durchzogene politische  
Radikalsprache lässt da nichts Gutes  
vermuten.

Meine Damen und Herren, unsere  
politische Streitkultur darf nicht aus den  
Fugen geraten. Ohne Mäßigung, ohne  
disziplinierenden Modus beschädigt sie  
unseren demokratischen Verfassungs-  
staat und treibt den Spaltkeil immer  
tiefer in unsere Gesellschaft. Wichtig ist  
deshalb ein respektvoller Umgang im

politischen Streit, auf den wir uns jedoch  
festlegen müssen.

Der britische Historiker Timothy Garton  
Ash hat die Problematik in seinem neuen  
Mammutwerk »Redefreiheit« auf den  
Punkt gebracht. Ich zitiere: »Das Ziel  
besteht nicht darin, dass wir über alles  
einig sind (Gott behüte!), sondern  
dass wir uns darüber einigen, wie wir  
miteinander streiten.«<sup>1</sup> Oder um es mit  
Dolf Sternberger zu sagen: »Nicht die

Abschaffung, sondern einzig die  
Regelung des Streits verbürgt den  
inneren Frieden.«<sup>2</sup>

Aber wie kann das geschehen? In meiner  
Neujahrsansprache habe ich auf die  
Verfassung als das integrative Moment  
der Demokratie verwiesen. Sie, das hatte  
auch Dolf Sternberger im Sinn, bietet den  
Rahmen für den politischen Streit, indem  
sie die Freiheit gewährt, sie zugleich  
aber begrenzt und mit der ganzen Kraft



des Rechts schützt. Ob und wie wir auf dieser Basis miteinander streiten, welche Streitkultur wir ausformen, das liegt freilich an uns. Maximale Zivilisiertheit muss dabei jeden leiten, dem an einer demokratischen Auseinandersetzung liegt, wobei die Argumentation selbst nicht an Bestimmtheit und Gehalt verlieren darf.

Bundespräsident Joachim Gauck regte jüngst an, die Debattenlage in Deutschland bewusst zu verschärfen. Ja, Sie

haben richtig gehört, »der Bundespräsident will mehr öffentlichen Streit«.<sup>3</sup> Er meinte damit nicht, wie er selbst sagte, »Ressentiments zu adeln und Vorurteilen den Rang von Argumenten einzuräumen«. Das kann niemandes Interesse sein, dem an unserer Demokratie gelegen ist. Was er meinte war, vermehrt Positionen und Themen in den politischen Streit einzubeziehen, »die von der politischen Mitte kritisch beäugt werden«. Den politischen Gegner gelten

zu lassen, im Disput weder intolerant noch indifferent zu werden. Denn Austausch und Diskussion, so Joachim Gauck, sei »der Sauerstoff der offenen Gesellschaft, Streit ihr belebendes Element«.<sup>4</sup>

Meinen Damen und Herren, die Protagonisten des heutigen Abends stehen in besonderem Maße für den respektvollen Umgang im politischen Streit. Beide kenne ich seit langer Zeit. Beiden fühle ich mich innerlich verbunden.

Lieber Norbert Lammert, verehrter Herr Bundestagspräsident, zuletzt waren Sie am 3. Oktober 2016, an unserem Nationalfeiertag, in Dresden. Sie mussten da wie so viele andere Gäste erleben, was es heißt, wenn Hass und sittliche Verrohung sich Bahn brechen. Sie sprachen mir damals mit Ihrer ermutigenden Rede aus dem Herzen. Ein Zitat daraus möchte ich noch einmal aufgreifen, weil es zum heutigen Thema passt: »Wer aber in diesem Streit das Abendland gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen verteidigen will, muss seinerseits in dieser Auseinandersetzung den Mindestansprüchen unserer Zivilisation genügen: Respekt und Toleranz üben und die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten.«

Verehrter Präsident des Deutschen Bundestages, Sie sind ein Politiker, der Flagge zeigt und vor heißen Eisen nicht Halt macht. Sie werfen sich in die demokratische Debatte, sei es zu den ewigen Fragen von Volkssouveränität und Repräsentation oder zur Verteidigung des Parlamentarismus. Sie ermahnen Politiker und Parteien, glaubwürdig und nicht wankelmütig zu sein. Sie melden kluge Bedenken gegenüber Volksscheidern an, um im selben Atemzug den Politikern ins Gewissen zu reden. Sie scheuen nicht den Konflikt im eigenen Hohen Hause. Sie wollen sogar den Bundestag verkleinern und machen sich



damit jede Menge Freunde unter ihren Parlamentskollegen. Und Sie tun dies seit ihrer erstmaligen Wahl zum Bundestagspräsidenten im Jahr 2005 stets mit einer unnachahmlichen Mischung aus Souveränität und Humor.

Lieber Norbert Lammert, ich freue mich auf Ihren Vortrag und auf das nachfolgende Gespräch zwischen Ihnen und Frank Richter. Frank Richter kennen wir alle als engagierten Demokratievermittler. Wie kein Zweiter hat er sich in den letzten Jahren in Sachsen geduldig für den offenen und friedlichen Dialog in der Gesellschaft eingesetzt. Er weiß, wie Streit ausarten kann. Er weiß aber auch, wie er sich durchaus

zivilisieren lässt. Heute, lieber Frank Richter, sehe ich Sie da mit einer eher entspannten, vielmehr mit einer äußerst angenehmen Einsatzlage konfrontiert. Zunächst aber haben allein Sie das Wort, verehrter Herr Bundestagspräsident.

Vielen Dank.

1 Timothy Garton Ash: Redefreiheit, München 2016, S. 174.  
 2 Dolf Sternberger: Über den Hass im Staatsleben, in: Ders.: Verfassungspatriotismus, Frankfurt a. M. 1990, S. 81–84, hier S. 83.  
 3 Christian Geyer: Grundgesetz great again. Der Bundespräsident will mehr öffentlichen Streit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 2017.  
 4 Joachim Gauck: Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage »Wie soll es aussehen, unser Land?« aus der Antrittsrede vom 23. März 2012 vom 18. Januar 2017.



## »Respektvoller Umgang im politischen Streit«

### Vortrag

von Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

Herr Landtagspräsident,  
lieber Herr Rößler,  
liebe Kolleginnen und Kollegen  
aus dem Deutschen Bundestag,  
aus dem Sächsischen Landtag,  
lieber Herr Richter,  
verehrte Gäste,

unter den viel zu vielen Einladungen,  
die ich bekomme und von denen ich die  
meisten gar nicht und andere mit mehr  
oder weniger großer Begeisterung  
absolviere, habe ich die Einladung zu  
dieser Veranstaltung ganz besonders  
gern angenommen. Dafür gibt es  
mindestens drei Gründe: das Thema,  
den Ort und den Anlass.

Als mir Frank Richter wenige Tage nach  
dem 3. Oktober 2016 – einen jener  
Nationalfeiertage, die man besonders  
lange in Erinnerung behalten wird –  
einen lebenswürdigen Brief schrieb und  
darin einige freundliche Bemerkungen  
zu meiner Rede mit der Anfrage ver-  
band, ob man über die darin unmittel-  
bar angesprochenen Themen hinaus

nicht miteinander ins Gespräch kommen  
könne, hat mir das erstens vom Grund-  
satz her sofort eingeleuchtet. Zweitens  
war es mir auch wegen einer Anmerkung  
plausibel, die Frank Richter mit Blick  
auf jene Replik machte, mit der ich  
manche bemerkenswerten Äußerungen  
am Rande dieser Feierlichkeiten kom-  
mentierte hatte. Ich darf ihn zitieren:



»Gleichwohl fehlte mir der Hinweis dar-  
auf, dass auch Politiker kräftig an der  
Spirale verbaler Entgleisungen und Be-  
schimpfungen gedreht haben. Ich sehe  
in den unterzivilisierten Erscheinungen  
auf den Straßen und in den »sozialen  
Netzwerken« das vulgäre Spiegelbild  
des Umgangs mancher Politiker, wie wir  
ihn in Talkshows besichtigen können.«



Das hat mir sehr gut gefallen, zumal  
es mir gleich zu Beginn die Gelegenheit  
gibt, eine denkbare Meinungsverschie-  
denheit auszuräumen, die wir ganz  
gewiss nicht haben. Denn zweifellos trifft  
es zu, dass nicht jede, wohl aber  
manche der nicht nur, aber insbesondere  
rhetorischen Eskalationen, die wir seit  
geraumer Zeit erleben, bei nüchterner  
Betrachtung nicht in einem Einbahn-  
straßenverkehr entstanden sind. Viel-  
mehr folgen diese Eskalationen meistens  
einer fatalen Eigendynamik, bei der  
irgendwann ein nie ausgerufener, aber  
schwerlich dann noch zu übersehender  
Unterbietungswettbewerb stattfindet, bei  
dem am Ende nur noch die schrillsten  
und dümmsten Rufe öffentlich wahrge-

nommen werden. Wahr ist leider auch,  
dass zu dieser Spirale verbaler Ent-  
gleisungen und Beschimpfungen nicht  
nur Populisten beigetragen haben und  
weiter kräftig beitragen, sondern  
auch manche andere, die sich mit den  
Populisten auseinandersetzen und von  
diesen distanzieren wollen.

Ich bin auch deswegen gern gekommen –  
mit einem schönen Zufall am letzten Tag  
Ihrer Amtszeit als Direktor der Säch-  
sischen Landeszentrale für politische  
Bildung –, weil ich Ihnen meinen ganz  
persönlichen Respekt für die Arbeit be-  
kunden möchte, die Sie in vielen Jahren –  
nicht erst in dieser Funktion, aber auch  
und gerade in dieser Funktion – geleistet

haben. Glücklicherweise sind eskalierte  
Formen politischer Auseinandersetzun-  
gen nicht überall im Lande gleich ver-  
breitet. Aus Gründen, die ich jedenfalls  
heute nicht untersuchen werde, kommen  
sie hier aber auffällig häufig vor. Des-  
wegen ist es besonders gut, dass es  
einzelne Persönlichkeiten gab und gibt,  
die die Bewahrung des zivilisierten  
Diskurses als ihre ganz besondere per-  
sönliche Herausforderung empfinden  
und sich im wörtlichen und übertragenen  
Sinne als Moderatoren betätigten.  
Das ist zwar immer noch keine Gewähr  
dafür, dass eine Spirale wieder nach  
unten zurückgeführt werden kann. Aber  
mindestens stoppt es gelegentlich die  
fatale Eigendynamik solcher Eskalations-  
prozesse, und das scheint Ihnen,  
Herr Richter, erstaunlich oft gelungen  
zu sein.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
habe ich vor einigen Wochen gelesen,  
Sie hätten »mit sonorer Stimme [...] Diskus-  
sionen bisweilen lächelnd,  
bisweilen unnachgiebig und streng, aber  
stets ausgleichend« dirigiert. Wenn  
sich die Kontrahenten partout nicht  
verstehen wollten, dann habe er noch  
einen besonderen Trick: »Er lässt sie das  
jeweils beste Argument ihres Gegners  
vortragen. So werden sie gezwungen,  
die Dinge vom Standpunkt des anderen  
aus zu betrachten.« Ob sich daraus ein  
Richterscher Lehrsatz der politischen  
Pädagogik entwickelt, werden wir alle –



sub specie aeternitatis – mit Interesse verfolgen. Jedenfalls ist es mir ein Bedürfnis, diesen ganz persönlichen Dank und Respekt zu Protokoll zu geben. Und nachdem mir der Landtagspräsident vorhin mitgeteilt hat, dass alles, was heute Abend hier vorgetragen wird, aufgezeichnet, dokumentiert und damit für das Gedächtnis der Menschheit archiviert wird, ist es mir besonders recht, dass auch diese Bemerkung zu Protokoll kommt.

Selbstverständlich gefällt mir auch der Ort, an dem diese Veranstaltung stattfindet. Man hätte für diesen Anlass schwerlich einen besseren finden können – nicht einmal den Sitz des heutigen Landtags –; denn die Fragilität parlamentarischer Demokratie kommt hier besonders gut zum Ausdruck. Ich bewege mich zwar nicht nur in Wallotischen Bauten, aber immer wieder besonders gern. Deswegen fällt mir der Wechsel aus dem einen in das andere

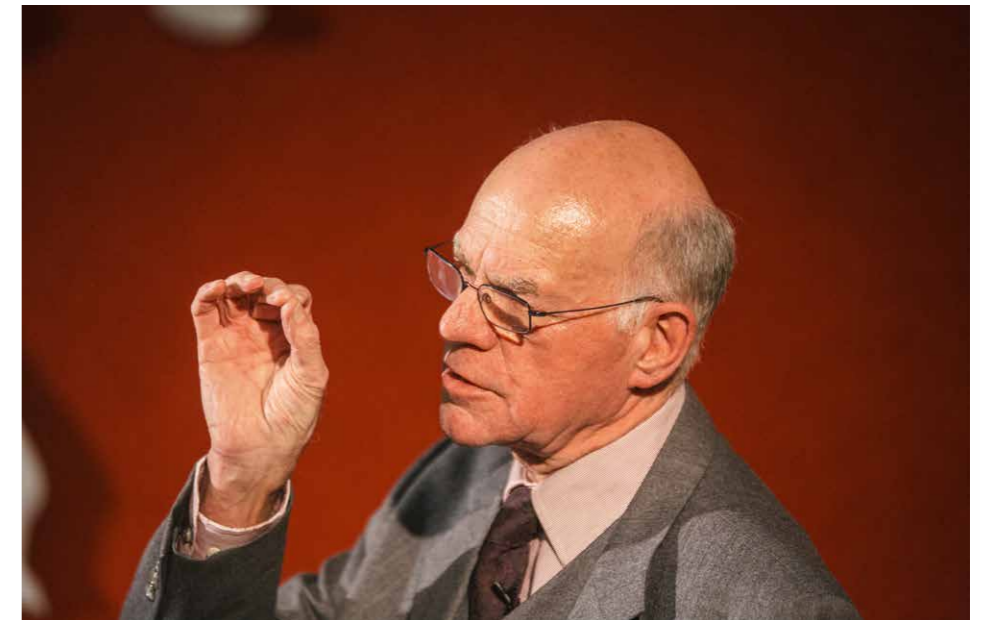
bedeutende, von Paul Wallot errichtete Parlamentsgebäude leicht. Aber es lohnt natürlich schon, daran zu erinnern, dass hier gerade mal ein Vierteljahrhundert lang ein gewähltes Parlament getagt hat und dass es 1933 mit diesem Parlament ein Ende hatte, wie anderswo in Deutschland auch. Im Anschluss residierte hier der NSDAP-Gauleiter Martin Mutschmann als ein vom neuen Reichskanzler eingesetzter sächsischer Ministerpräsident und Reichsstatthalter Sachsens.

Im selben Jahr hat der berühmt-berühmte Staatsrechtler Carl Schmitt in seiner Schrift »Der Begriff des Politischen« scheinbar abschließend erklärt, was das Wesen der Politik sei. Schmitt schreibt: »Die eigentliche politische Unterscheidung ist die Unterscheidung von Freund und Feind. Sie gibt menschlichen Handlungen und Motiven ihren politischen Sinn [...]. Insofern sie nicht aus anderen Merkmalen ableitbar ist, entspricht sie für das Politische den relativ selbstständigen Merkmalen anderer Gegensätze: gut und böse im Moralischen, schön und hässlich im Ästhetischen, nützlich und schädlich im Ökonomischen. [...] Die Unterscheidung von Freund und Feind bezeichnet die äußerste Intensität einer Verbindung oder Trennung. [...] Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch hässlich zu sein; er muss nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft und rentabel scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen. Er bleibt aber ein Anderer, ein Fremder.«

Freund und Feind als vermeintlicher Kern der Politik. Ich glaube, man kann über das Thema »Umgang mit politischen Auseinandersetzungen« nicht reden, bevor man sich darüber verständigt hat, was man für den Kern – wenn schon nicht das Wesen – des Politischen hält. Nach meinem

Verständnis von Politik ist es die Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer verlässlichen Beantwortung der Wahrheitsfrage. Wir wissen nicht, was wahr ist. Aber wir haben unsere jeweiligen Meinungen und Überzeugungen. Und gelegentlich scheint es so, als seien diese Überzeugungen und Meinungen umso gefestigter, je weniger wir wissen, was wahr ist. Politik handelt nicht von Wahrheiten, sondern von Meinungen und Interessen. Gerade weil wir die Wahrheitsfrage nicht beantworten können, ist Politik nötig und Demokratie möglich. Ihre Voraussetzung ist aber, dass niemand für seine Überzeugungen und Meinungen und Interessen einen Absolutheitsanspruch erheben darf. Niemand.

Nun haben wir uns längst daran gewöhnt, es für ein kommoderes, jedenfalls anderen denkbaren Lösungen überlegenes Verfahren zu halten, Streitfragen durch Mehrheitsentscheidungen zu lösen, woran sich wiederum das fröhliche Missverständnis angeschlossen hat, dass eine Bestätigung durch die Mehrheit so etwas wie der Nachweis der Richtigkeit der eigenen Position sei. Wenn überhaupt, dann ist das genaue Gegenteil richtig: Nur weil man die Richtigkeit der eigenen Position nicht verlässlich belegen konnte, war die Abstimmung nötig geworden. Sie wäre schlicht gegenstandslos, wenn dieser Beweis hätte angetreten werden können. Demokraten müssen sich immer wieder ins Bewusstsein heben,





dass die logische Voraussetzung ihres eigenen Handelns der Verzicht auf Wahrheitsansprüche ist. Mehrheitsentscheidungen gelten nicht, weil sie wahr sind – bedauerlicherweise gelten sie selbst dann, wenn sie offenkundig nicht wahr sind. Sie gelten, weil man sich in Ermangelung besserer Kriterien darauf verständigt hat, das gelten zu lassen, was eine Mehrheit für richtig hält. Und folgerichtig gelten sie auch nur so lange, bis eine andere Mehrheit etwas anderes beschließt.

Der Landtagspräsident hat in seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass wir nicht nur, aber insbesondere in den modernen, den sogenannten sozialen Medien – warum diese Medien im Übrigen sozialer sein sollen als die anderen, hat sich mir bis heute nicht erschlossen –, eine Art der Auseinandersetzung erleben, die sich, freundlich formuliert, durch besondere Robustheit auszeichnet und, weniger freundlich formuliert, durch genau den Unterbietungswettbewerb, den ich bereits angesprochen habe.

Vor wenigen Tagen hat Rolf Schwartmann, ein Professor für Rechtswissenschaften, der gleichzeitig Leiter der Kölner Forschungsstelle für Medienrecht an der Technischen Hochschule Köln ist, in einer unserer großen Zeitungen einen beachtlichen Beitrag unter dem Titel »So bekämpft man die Lüge im Netz«



veröffentlicht. Dieser Artikel beginnt mit der vermutlich von niemandem bestrittenen Bemerkung, die Demokratie brauche Debatten ohne Hass und Verzerrung. »Das ist eine Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. In den sozialen Medien ist sie nicht mehr gesichert.« Er formuliert dazu drei Thesen, die ich kurz nennen will, ohne im Einzelnen auf diesen Artikel, den ich Ihrer Lektüre allerdings durchaus empfehlen möchte, einzugehen:

Erstens: »Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verliert derzeit rasant an Legitimation.« Das ist mal eine Auskunft!  
»Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verliert derzeit rasant an Legitimation.

In den sozialen Netzwerken ist es zum Vorwand für Ehrverletzungen und gezielte Desinformation geworden. Ethische und rechtliche Verantwortungen spielen kaum eine Rolle. Wir können das Grundrecht auf Meinungsfreiheit aber nur erhalten, wenn dessen Grenzen auch in den sozialen Medien gewahrt bleiben. Das geschieht nicht mehr.«

Zweitens: »Die Demokratie läuft deshalb Gefahr, sich von innen zu zersetzen. Wenn Falschmeldungen Wahlergebnisse beeinflussen, wird eine Wahl nicht mehr auf Basis von Fakten entschieden und ist rechtswidrig.« Die Schlussfolgerung finde ich für einen Juristen zwar etwas voreilig, aber gut.

»Ohne wirksam gewählte Volksvertreter kann sich ein demokratischer Staat nicht neu konstituieren.«

Drittens: »Um die kommenden Wahlen in Bund und Ländern zu schützen, müssen sich Staat und Wirtschaft ihrer Verantwortung stellen. Dazu müssen sie einen neuen institutionellen Rahmen für die Meinungsfreiheit schaffen. Der gegenwärtige funktioniert nicht mehr. Es gibt derzeit keine Institution der Selbstkontrolle, die das Recht auf freie Meinungsbildung und dessen Missbrauch in der Waage hält.«

Nun ist die Beschreibung des Problems – wie oft im Leben – ein bisschen einfacher als die Präsentation einer

überzeugenden Lösung zu dessen Überwindung. Und dass alles, was in diesem Kontext zum Thema Meinungsfreiheit vorgeschlagen wird – mit welcher Motivation auch immer – mit dem Risiko vermeintlicher oder tatsächlicher Zensur eines nicht dispositionsfähigen Grundrechts behaftet ist, muss ich sicher nicht im Einzelnen erläutern. Aber ich will doch zumindestens das Ausmaß der Entwicklung mit wenigen Zahlen verdeutlichen, wobei ich ausdrücklich darauf hinweise, dass ich mich jetzt aus gegebenem Anlass auf den politischen Teil dieses Problems beschränke und damit ausdrücklich nicht die Botschaft verbinde, außerhalb politischer Auseinandersetzungen existiere es nicht. Es gibt dieses Problem



inzwischen überall – und keineswegs exklusiv in der politischen Arena.

Nach Medienrecherchen hat es zwischen 2010 und 2015 fast 500 Angriffe allein auf Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen von Parteien gegeben, die meisten mit rechtsextremem Hintergrund. Das Bundeskriminalamt nimmt pro Tag – pro Tag! – eine Straftat gegen Amts- oder Mandatsträger auf. Die Zahl der Übergriffe hat sich binnen eines Jahres verzehnfacht. Das Bundesinnenministerium hat im Rahmen der sogenannten Politisch Motivierten Kriminalität allein vom Januar bis September 2016 – das letzte Quartal ist da noch nicht erfasst, jedenfalls noch nicht aufgearbeitet – 813 Delikte gegen Amts- und Mandats-träger gezählt, darunter 18 Gewalttaten. Im gleichen Zeitraum wurden 93 Übergriffe auf Medienvertreter erfasst, 123 Straftaten gegen Hilfsorganisationen und ehrenamtliche Helfer, 1839 Straftaten gegen Flüchtlinge. Das Landeskriminalamt hier in Sachsen hat von Januar bis August vergangenen Jahres 72 Angriffe auf Abgeordnetenbüros gezählt, darunter sind auch Mehrfachangriffe. Aufgeklärt ist keiner der Vorfälle.

Meine Damen und Herren, wir reden hier nicht über Petitessen. Wir reden hier auch ganz offenkundig nicht nur über einen rhetorischen Entgleisungsprozess, sondern wir reden längst über die



heimliche – oder besser gesagt unheimliche – Transformation rhetorischer Entgleisungen in faktische Übergriffe. Herta Müller, unsere Literatur-Nobelpreisträgerin, die mit vielen Sachsen die Erfahrung teilt, viele Jahre unter autoritären Bedingungen verbracht zu haben, hat bei der Verleihung des Heinrich-Böll-Preises im November 2015 gesagt: »Wenn Worte wie ›Volksverräter‹ und ›Lügenpresse‹ lange genug spazieren gehen, geht auch mal ein Messer spazieren.«

Bei einer der leidenschaftlichsten und kontroversesten Auseinandersetzungen, die es in einem unserer Nachbarländer im vergangenen Jahr gegeben hat – nämlich der Entscheidung über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union –, ist eine Parlamentarierin ermordet worden. Sie ist nicht durch einen Unfall zu Tode gekommen, sondern sie wurde das erklärte Opfer eines Hasses gegenüber einem politischen Konzept, das man auf gar keinen Fall zu akzeptieren bereit war. Die jetzige Kölner Oberbürgermeisterin hat 2015 ihren eigenen Wahlkampf soeben mit Mühe und Not überlebt.

Ich empfehle uns dringend, das, was längst stattfindet in unserem eigenen Land – nicht nur rhetorisch, aber insbesondere als eine scheinbar nicht zu stoppende rhetorische Unterbietungs-

welle –, so ernst zu nehmen, wie es ernst genommen werden muss: In den sogenannten sozialen Medien ist das früher Unsägliche längst sagbar geworden. Das Internet ist sicher nicht die Ursache von wahrgenommenen oder eingebildeten Verrohungstendenzen in unserer Gesellschaft, aber deren mit Abstand wichtigster Katalysator. Wir können längst eine weitere Eskalationsstufe insoweit feststellen, dass unter die früher regelmäßig anonymen Beschimpfungen, Verleumdungen und Bedrohungen jetzt zunehmend Klarnamen – manchmal vorgetäuschte, nicht selten aber tatsächliche Klarnamen – gesetzt werden.

Ich will Ihnen unter den vielen unsäglichen, aber sagbar gewordenen Beispielen nur eines vortragen, das jetzt ausdrücklich nicht einen Politiker betrifft – andernfalls könnte ich den gesamten Abend mit unzähligen Beispielen verderben, die ich von Kollegen bekomme. Allein von den kommunalen Mandatsträgern erklären laut einer Umfrage inzwischen 58 Prozent, dass sie regelmäßig diese Art von »Wählerkommunikation« zu spüren bekämen. Stattdessen will ich Ihnen ein Beispiel vortragen, von dem vor einigen Monaten in einem großen deutschen Magazin zu lesen war, das sich mit der behaupteten Selbstreinigung- oder Regulierungsfähigkeit der sozialen Medien beschäftigt hat:

Im Februar 2016 hat eine bekannte Schauspielerin auf ihrer Facebook-Seite ein Video eingestellt, das die berühmtesten Vorgänge in Clausnitz dokumentierte, als Anwohner einen Bus mit Flüchtlingen umringten und Polizisten verängstigte Menschen ins Freie zerrten. Sie hat diese Filmaufnahme mit folgendem persönlichen Kommentar versehen: »Ich schäme mich gerade so sehr, Deutsche zu sein, wenn ich die Bilder aus Clausnitz sehe. Mir gefriert das Blut in den Adern bei so viel Unmenschlichkeit und Hass.« Zwei Tage nach diesem Clausnitz-Post meldete sich ein Facebook-Nutzer unter einem Namen, der sich später als Pseudonym herausstellte, auf der Seite der Schauspielerin mit folgendem Kommentar: »Man sollte eine Ketten-säge nehmen und dir deine scheißhässliche Kackfresse einfach zerhackseln. Name: Krepier unwertes Leben verrecke.« Die Schauspielerin sagt, sie sei ungemütliche Post gewohnt und pflege in der Regel nicht zu reagieren. Nach Rücksprache mit Freunden und der eigenen Agentur habe sie dies jedoch sowohl bei der Polizei angezeigt als auch bei Facebook gemeldet. Und nach vielen Zwischenschritten der Nichtreaktion oder der inhaltlichen Reaktion sei die ultimative Auskunft von Facebook gewesen: Der eigene Check habe ergeben, dass dieser Post »nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards« verstoße.



Meine Damen und Herren, wenn das nicht gegen unsere Mindeststandards verstößt, dann hat diese Gesellschaft keine Standards mehr. Und wenn die Selbstregulierung verantwortlicher Medien – warum auch immer – nicht funktioniert, dann muss es anders gehen. Jedenfalls sind hier sowohl Gesetzgeber wie Justiz aufgefordert.

Ich habe kurz vor Weihnachten einen Brief sowohl an den Bundesinnen-

minister und an den Bundesjustizminister als auch an die Vorsitzenden der Innenminister- und der Justizministerkonferenz der Länder geschrieben mit der dringenden Bitte, einmal aufzuarbeiten, was da stattfindet. Zumal ich durch Rückmeldungen von Kollegen den begründeten Eindruck habe, dass die allermeisten Verfahren wegen Verleumdungen, Beschimpfungen und offenen Drohungen nach wenigen Tagen eingestellt werden. Entweder

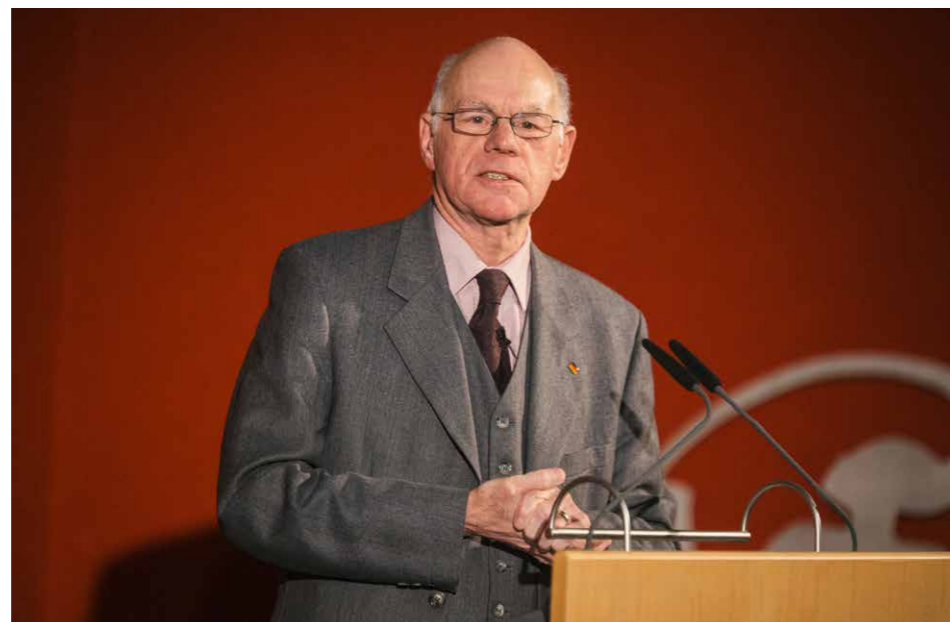
geschieht das mit der Begründung, dass der Absender nicht identifizierbar sei – ich hätte fast gesagt, bei keinem Fahrraddiebstahl wird so schnell wegen der Nichtidentifizierbarkeit ein Verfahren eingestellt wie bei Verleumdungen und Bedrohungen –, oder es passiert mit der noch atemberaubenderen Begründung, es handle sich »erkennbar um eine virtuelle Bedrohung und nicht um eine tatsächliche«.

Manches spricht dafür, dass von den Justizverwaltungen – für die die Länder die Verantwortung tragen – solche Fälle nicht auf gleiche, sondern auf unterschiedliche Weise gehandhabt werden. Mich interessiert privat wie dienstlich, ob und welche unterschiedlichen Handhabungen es gibt und ob das auf Dauer ein erträglicher Zustand sein kann. Jedenfalls empfehle ich uns dieses Thema dringend für eine sorgfältige, nicht hysterische, aber entschlossene Behandlung.

Nun will ich gern und freiwillig auf die Eingangsbemerkung zurückkommen, dass manche der unerfreulichen Eskalationen, die wir im Netz finden, auch in den Umgangsformen und in der Behandlung politischer Sachverhalte eine Ursache haben, die ein zunehmend nervöses Publikum im sogenannten etablierten System beobachtet. Ich will behutsam, aber ernsthaft auf ein Dilemma aufmerksam machen, vor dem Deutschland stärker steht als irgendein anderes Land in Europa. Ich habe in den Jahren meiner politischen Tätigkeit sehr viele, vielleicht alle Parlamente in Europa und die damit verbundenen Parteiensysteme kennengelernt. Dabei ist mir ein Unterschied aufgefallen, der mich an einen Zustand erinnert, den das Deutschland der Weimarer Zeit tatsächlich erlebt hat – mit den sich daraus ergebenden Selbstdemontage-Effekten einer parlamentarischen

Demokratie: Ich spreche von einem Freund-Feind-Verhältnis konkurrierender Parteien und Politiker zueinander.

Man kann nicht überall, aber an vielen Stellen in Europa nach wie vor beobachten, dass das Verhältnis der Parteien zueinander, auch der gewählten Parlamentarier zueinander, nicht das von Konkurrenten, sondern das von Feinden ist – mit der sich daraus jedenfalls subjektiv ergebenden Legitimation, den eigenen Wahlsieg, der in der Regel unter korrekten Bedingungen zustande gekommen ist, für die Legitimation zur Vernichtung des Gegners zu halten, mindestens aber zur Beseitigung der Bedingungen, unter denen andere Mehrheitsverhältnisse zustande kommen können.



Das haben wir glücklicherweise in Deutschland nicht mehr. Wir haben, ganz im Gegenteil, nach den traumatischen Erfahrungen einer gescheiterten Demokratie eine erstaunliche Balance zwischen dem natürlichen Konkurrenzreflex politischer Parteien und aktiver Politiker auf der einen Seite und der Konsens- und Kompromissfähigkeit der gleichen Parteien und Politiker – insbesondere dann, wenn es sich um wesentliche Herausforderungen handelt – auf der anderen Seite. Ich behaupte einmal, in kaum einem anderen Land in Europa würde es gelingen, über solche hochkomplexen und deswegen auch unpopulären Themen wie beispielsweise Griechenlandhilfe oder Flüchtlingswelle nicht nur einen



Diskurs zu führen und darüber – wenn auch heftig – zu streiten, was denn vielleicht am ehesten vernünftig und zumutbar ist, sondern am Ende zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen, die wesentlich größer sind als jene, über die eine ohnehin schon viel zu große Große Koalition alleine verfügt.

Für diese Errungenschaft unseres politischen Systems zahlen wir den hohen Preis, dass ein beachtlicher Teil von Wählerinnen und Wählern sich mit ihrer Skepsis gegenüber bestimmten politischen Entscheidungen nicht repräsentiert fühlen, weil sie – wie vernünftig die Entscheidung am Ende auch gewesen sein mag – den zutreffenden Eindruck

haben: Aber mein Einwand kommt da nicht vor; ich fühle mich mit dem, was ich für richtig halte, nicht vertreten. Dass dieses nicht nur eingebildete Problem des Nichtvertretenseins, vielleicht sogar der politischen Hilflosigkeit, dann regelmäßig durch Lautstärke kompensiert wird, ist kein völlig neuer Effekt.

Aus diesem Dilemma heraus gibt es – wie übrigens meistens bei Dilemmata – keinen Königsweg. Denn es wird Ihnen hoffentlich einleuchten, dass ich mich nur schwer zu der Empfehlung entschließen kann, das aufzugeben, was ich gerade als Errungenschaft der deutschen Demokratie gepriesen habe: nämlich

das Bemühen um eine gemeinsame Lösung, auch und gerade bei großen Herausforderungen, für noch wichtiger zu halten als die Profilierung gegenüber der politischen Konkurrenz.

Aber wir dürfen nicht aus den Augen verlieren – schon gar nicht im Bewusstsein der jüngeren Erfahrungen –, dass dies seinen Preis hat. Wenn Parlamente nicht mehr als Orte des Streits wahrgenommen werden – meinetwegen auch als Orte der künstlichen oder der tatsächlichen Empörung –, dann werden die Straßen und Plätze zu Orten des Streits und der Empörung. Wenn leise Hinweise auf dieses oder jenes, nicht oder scheinbar nicht hinreichend diskutierte Problem nicht wahrgenommen werden, sind laute Töne die absehbare Folge.

Nun wollte ich noch ein paar Sätze zu den Medien – den klassischen, den scheinbar nicht-sozialen Medien – sagen, was ich mir aber aus Zeitgründen spare. Vielleicht können wir das Thema später in der Diskussion noch einmal aufgreifen. Deshalb nehmen Sie jetzt bitte die Ankündigung für die Tat, dass ich auch den Medien in diesem Zusammenhang eine beachtliche Verantwortung zuweise, weil sie natürlich – mehr als die konkurrierenden Parteien und politischen Gruppierungen – Moderatoren sein könnten und vielleicht auch sein sollten und es an vielen Stellen längst



nicht mehr sind. Sie sind es deshalb nicht mehr, weil sie sich unter dem Konkurrenzdruck, unter dem sie stehen, längst bewusst oder unbewusst an jenen Über- und Unterbietungswettbewerben beteiligen, die die Mindeststandards rationaler Kommunikation zu ruinieren drohen.

Dass ich nicht in Talkshows gehe, hat sich inzwischen herumgesprochen. Ich zähle es zu den großen Triumphen meiner Laufbahn, dass ich schon seit mehreren Jahren nicht einmal mehr angefragt werde. Offenkundig ist das Thema durch, jedenfalls was Talkshows und Lammert betrifft. Aber ich will Ihnen nicht verhehlen: Ich gebe auch immer »ungerner«, immer zögerlicher Interviews. Denn selbst wenn – was in der Regel sichergestellt ist – das, was gefragt und was geantwortet wurde, korrekt wiedergegeben wird, muss man in neun von zehn Fällen damit rechnen, dass der eigentliche Zweck des Interviews nicht das Vermitteln differenzierter Auskünfte zu komplizierten Fragen war, sondern das Produzieren von Agenturmeldungen. Ich kann sagen, was ich will, daraus wird immer: »Lammert fordert, Lammert kritisiert, Lammert empört sich, Lammert weist zurück«. Es gibt die Stellungnahme als solche gar nicht mehr, sondern es gibt sie nur noch in einer exaltierten Form. Auf diese Weise wird gewissermaßen die Hysterie zum Standard der Kommu-

nikation – mit den absehbar fatalen Auswirkungen, die eine solche Hysterisierung nach sich zieht.

Der Kollege Rößler hat vorhin Timothy Garton Ash zitiert. Ich möchte auf ihn nicht nur, aber auch deswegen zum Schluss noch einmal zurückkommen, weil er – zu meiner Freude – in diesem Jahr den Karlspreis erhält, wobei offenkundig nicht zuletzt das von Ihnen zitierte große jüngste Buch »Redefreiheit« eine wesentliche Rolle gespielt hat. Er setzt sich darin sehr intensiv mit der Frage auseinander, ob und was man denn gegen die rhetorische Eskalation und die damit verbundenen Risiken tun könne, und er empfiehlt – etwas zugespitzt formuliert –, am Ende möglichst nichts zu tun. Zweifelsohne hat er damit den Vorzug einer ausgeprägten liberalen Gesinnung auf seiner Seite. Die Krux besteht aber gleichzeitig darin, dass er das von ihm selbst beschriebene Problem mit seiner Empfehlung, sich damit zwar auseinanderzusetzen, es um Gotteswillen aber nicht zu regulieren, vermutlich doch eher verlängert als verringert.

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hat sich in seiner letzten großen Rede »Wie soll es aussehen, unser Land« im Schloss Bellevue ebenfalls mit diesem Thema befasst und sich am Ende Garton Ash ausdrücklich mit der etwas populäreren Formel angeschlossen:

»Heftig streiten, aber mit Respekt und mit dickem Fell«. Dagegen kann man schwerlich etwas haben. Aber die Frage ist, ob es genügt, das dicke Fell, wenn es den Respekt nicht mehr gibt.

Heute ist der Geburtstag von Theodor Heuss. Er kann ihn nicht mehr feiern, aber wir können uns gelegentlich an seine klugen Bemerkungen erinnern. Einen Satz will ich hier hervorheben: »Man muss das als gegeben hinnehmen: Demokratie ist nie bequem.« Das ist sicher wahr. Ich möchte hinzufügen: Wir sollten nicht als gegeben hinnehmen, dass zu viele Demokraten zu oft zu bequem sind, sondern dass nur durch die Bereitschaft, diese Staatsform so ernst zu nehmen, wie sie es verdient, die Vorzüge von Freiheit und Selbstbestimmung und Partizipation auf Dauer erhalten werden können.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

## Vorstellung der Gesprächspartner



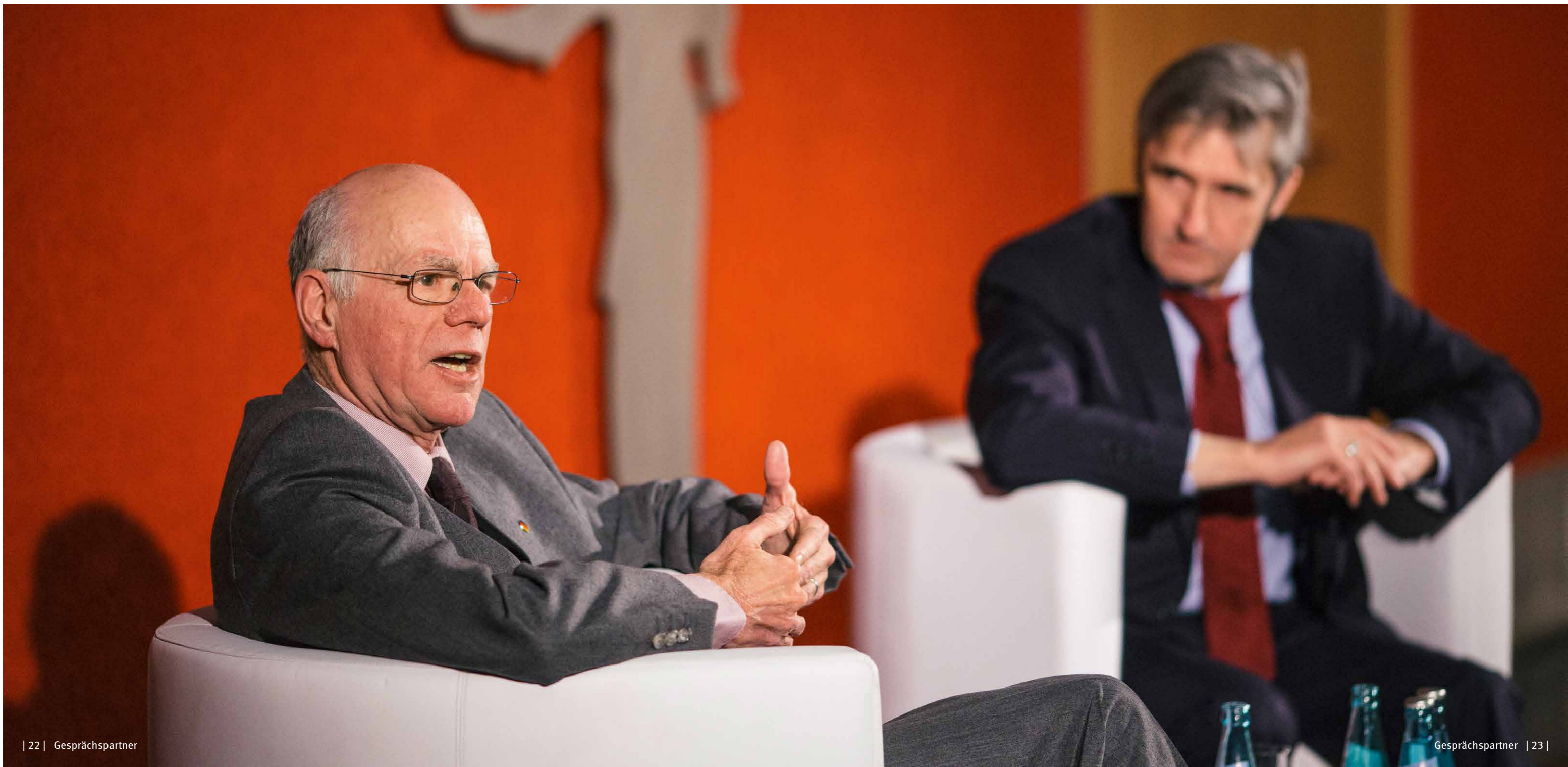
Prof. Dr. Norbert Lammert

Norbert Lammert, Jahrgang 1948, studierte in Bochum und auch in Oxford Politikwissenschaft, Soziologie, Neuere Geschichte und Sozialökonomie. 1975 wurde er im Fachbereich Sozialwissenschaften promoviert. Seit 2008 ist er Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1966 Mitglied der CDU, wurde Lammert 1980 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Von 1989 bis 1998 wirkte er als parlamentarischer Staatssekretär zunächst beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, später dann beim Bundesministerium für Wirtschaft. 2002 wurde er zu einem der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt, seit Oktober 2005 ist er – zweimal wiedergewählter – Präsident des Deutschen Bundestages. Bei der Bundestagswahl 2017 verzichtet er auf eine erneute Kandidatur.



Frank Richter

Der 1960 in Meißen geborene Frank Richter studierte in den 1980er-Jahren Philosophie und Katholische Theologie. 1987 erhielt er die Priesterweihe. Er wirkte von 1989 bis 1994 als Domvikar in der Dresdner Hofkirche. In der friedlichen Revolution begründete er die später sogenannte »Gruppe der 20«, die in Dresden den Dialog mit der DDR-Staatsmacht einleitete. Nach einer Tätigkeit als Jugendseelsorger des Bistums Dresden-Meißen, wechselte er als Pfarrer nach Aue. Richter, der sich 2005 laisieren ließ und später zur evangelischen Kirche wechselte, wurde 2009 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hier gestaltete er über Jahre maßgeblich die politische Bildungsarbeit in Sachsen mit. Seit Februar 2017 ist er Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche.





**Frank Richter:** Lieber Herr Dr. Rößler, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, meine erste Aufgabe ist es, ein denkbares Missverständnis auszuräumen. Dieses Missverständnis könnte darin bestehen, dass ich mich irgendwann Mitte Oktober 2016 hingesetzt und mir gedacht habe, vielleicht beginne ich ja am 1. Februar mit einem neuen Job, und bei der Gelegenheit könnte ich ja am 31. Januar den Präsidenten des Deutschen Bundestages einladen. Meinem Damen und Herren, so war es natürlich nicht.

Herr Präsident, ich hatte am 3. Oktober Ihre Rede in der Semperoper gehört und sie hat mich sehr gerührt. Und in solchen Momenten passiert es schon manchmal, dass ich einen Brief schreibe. Irgendwann rief mich Ihr Büro an und sagte: Ja, Herr Lammert würde schon gern zu einer Veranstaltung der Landeszentrale kommen. Er hat aber nur an einem einzigen Tag Zeit, nämlich am 31. Januar 2017. Dass das mein letzter

Arbeitstag sein würde, wusste ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ich glaube, man kann sich auch in der Funktion eines Direktors einer Landeszentrale einen schlechteren Abgang vorstellen.

Meine Frau kennt mich sehr gut. Als wir im Auto hierher fahren, da sagte sie: Heute bist du aber aufgeregt, heute bist du aufgeregter als sonst. Das gestehe ich. Es ist eine große Freude und es ist auch eine große Ehre für mich, Sie hier erleben zu können. Es ist mein letzter Arbeitstag in der Funktion, meine Damen und Herren, und deshalb gestatten Sie mir bitte, bevor wir diskutieren werden, einer Neigung nachzugeben. Ich möchte zunächst einmal selbst Herrn Lammert Fragen stellen, danach möchte ich dann gern ins Plenum öffnen.

Eine zweite kleine Richtigstellung: Diesen sogenannten Trick, wie Sie ihn bezeichnet haben, am Ende einer Diskussion jeden um das Premiumargu-

ment der jeweiligen Gegenseite zu bitten und damit Perspektivwechsel und Empathie zu evozieren, übrigens zwei ganz entscheidende Fähigkeiten in einer offenen demokratischen Gesellschaft, diesen »Trick« habe ich nicht erfunden. Der ist niedergelegt in einem wunderbaren Buch von Georg Lind, einem Professor für Pädagogik, einem Schüler von Lorenz Kohlberg. Diese »Konstanzer Methode der Dilemmadiskussion« ist bestens wissenschaftlich unterlegt. Sie behauptet: Wir lernen dann besonders schnell und nachhaltig, wenn wir uns in einem Dilemma befinden.

Also organisieren wir Dilemmasituationen, diskutieren sie mit Schülergruppen und können so in kürzester Zeit sehen, dass sich das moralische und auch das demokratische Urteilsvermögen steigern. Frau Staatsministerin Kurth weiß, dass ich diese Konstanzer Methode der Dilemmadiskussion als ein ganz entscheidendes Instrument

anpreise, um demokratische Verhaltensweisen zu befördern. Wir haben wenige derart gut ausgeprägte und messbare Instrumente wie diese Methode.

Herr Lammert, ich habe auf meinem Zettel einige Fragen notiert, eine möchte ich unbedingt loswerden. Es ist eine sehr persönliche Frage: Wie war Ihre Gefühlslage am 3. Oktober 2016 unmittelbar nach den Pöbeleien vor der Frauenkirche oder nach dem, was dann auch vor der Semperoper geschah? Es war ja immerhin der Auslöser für Ihre Rede und dann auch der Auslöser für die Einladung nach Dresden. Es würde mich freuen, wenn Sie dazu ein paar Gedanken äußern würden.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Ich war möglicherweise weniger überrascht als mancher andere. Ich hatte damit gerechnet, dass es deutliche Protest- und vielleicht auch Missfallensbekundungen einschließlich damit verbundener Zurufe eher unfreundlicher Art geben würde.

Ich hatte allerdings offen gestanden nicht damit gerechnet, dass bei einem Termin, bei dem genau das zu erwarten war, die große Mehrheit der Dresdner Bevölkerung dieser Minderheit so kampfflos das Feld überlassen würde. Das hat mich unangenehm berührt und mich mehr gestört als die 200 oder 300, die da gepöbeln haben. Ich hatte im Übrigen den Eindruck, dass es den Regierungsvertretern wie den Parlamentarierkollegen aus Dresden – sowohl denen aus dem Bundestag wie denen aus dem Sächsischen Landtag – um einiges unangenehmer war als uns.

Da sind wir dann wieder bei dem Stichwort »dickes Fell«. Ich bin halt lange dabei und in einer Region zu Hause, in der ich meinen Wahlkreis in zehn aufeinanderfolgenden Wahlkämpfen nie gewonnen habe. Ich bin mit Minderheitssituationen also bestens vertraut. Es hat jedenfalls, wenn das der eigentliche Grund Ihrer Frage sein sollte, keine nachhaltigen seelischen Schäden bei mir verursacht.

**Frank Richter:** Mir ist in diesem Zusammenhang noch eine ganz andere Frage gekommen, die öffentlich nicht gestellt wurde. Sie lautete für mich persönlich ungefähr so: Ist es denn so schlimm, wenn die Politiker auf Bundesebene, sozusagen die Spitzenpolitiker unseres Staates, einmal dasselbe erleben oder jedenfalls etwas Ähnliches erleben, was vorher ungezählte Bürgermeister, ungezählte Gemeinderäte, ungezählte Landräte auch schon erlebt haben? Ist es nicht auch mal etwas Gutes, einmal so hart konfrontiert zu werden mit dem vulgus – in dem Moment vielleicht nicht mit dem populus, aber mit dem vulgus –, der sich in dieser Form offensiv artikuliert und seinen Zorn zum Ausdruck bringt?

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Absolut. Deswegen habe ich vorhin noch einmal darauf hingewiesen: Es gibt diese Art von Verbalinjurien, die sich insbesondere in sozialen Netzwerken, aber teilweise auch auf Anrufbeantwortern



niederschlagen, rein zahlenmäßig in viel stärkerem Maße quer durch das ganze Land verteilt. Ich bin im Übrigen fest davon überzeugt, dass – wenn wir nicht schaffen, das zu stoppen – die Folgewirkungen für die Bereitschaft, ehrenamtliche kommunale Mandate wahrzunehmen, mit Abstand verheerender sein werden als für die künftige Besetzbarkeit von Landtagen und Bundestag.

**Frank Richter:** Die gute Nachricht, die mir immer wieder einmal untergekommen ist, lautet wie folgt: Wenn ein Bürgermeister oder ein Gemeinderat – da haben wir viele entsprechende Erfahrungen gemacht – sich in die Brandung stellt und wenn er einiges erträgt, auch diese Minderheitensituation, von der Sie gerade sprachen, dann kann er in relativ kurzer Zeit die Sympathien der politischen Gegner respektive der politischen Feinde gewinnen.

Manchmal hatte ich bei Bürgerversammlungen den Eindruck, die Menschen

wollen auch erleben, dass sich ihr Bürgermeister einmal verbal verprügeln lässt. Sie wollen auch mal erleben, dass er sich in die Brandung stellt. Sie wollen erleben, wie er reagiert, und wenn er es schafft, wenn er eine Stunde übersteht, dann hat er durchaus Chancen, als Volkstribun aus dem Raum zu gehen. Auch das habe ich erlebt. Es würde mich interessieren, ob Sie das bestätigen können oder ob Sie das so ganz daneben finden.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Das ist mir zu allgemein. Oder umgekehrt: Auf dieser allgemeinen Ebene bestätige ich das gern. Aber ich würde mich natürlich weigern – und Sie hoffentlich auch –, daraus gewissermaßen beliebige rhetorische Kraftakte als Test der Belastbarkeit oder der Heldenmütigkeit von ehrenamtlichen Bürgermeistern abzuleiten.

**Frank Richter:** Eine Möglichkeit der Interpretation würde ja darin bestehen,

dass die moralische Substanz in den vergangenen Jahren gelitten hat, dass die Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsordnung an Überzeugungskraft verloren hat, oder wie auch immer. Ich ringe noch mit der Frage und möchte sie Ihnen gern stellen: Wo kommt das her? Wo kommen so viel Gemeinheit, so viel Diffamierung, so viel Wut, so viel Hass her? Das sind Dinge, die doch wohl nicht vom Himmel gefallen sind. Waren sie vorher schon da und nur nicht sichtbar oder gibt es Ursachen in der jüngsten Entwicklung, die dafür maßgeblich ins Feld geführt werden müssten?

Sie merken, es ist ein bisschen Rhetorik in meiner Fragestellung. Ich habe so einen Verdacht, der aus meiner »Hausmännerpsychologie« rührt: Hass kommt aus Wut, Wut kommt aus Ohnmacht. Wenn sich Menschen über lange Zeit ohnmächtig fühlen und keine Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, wie man so schön sagt, dann staut sich

Wut an, die sich irgendwann in bestimmten Formen des Hasses Bahn bricht. Das wäre meine einfache Interpretation. Dazu hätte ich gern Ihre Meinung.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Das ist ein Mechanismus, der in vielen Einzelfällen möglicherweise den persönlichen Eiferungs- und Eskalationsprozess erklären mag. Mir ist er aber als Generalerklärung wiederum zu simpel. Wenn es diese strengen Kausalitäten für Wut- und Hassbezeugungen gibt, läuft das am Ende darauf hinaus, dass immer Andere ursächlich sind. Das entlastet – einmal ganz prinzipiell betrachtet – jeden Täter. Ich kann am Ende immer Umstände als Ursache reklamieren. Das ist mir zu dürftig – ohne dass ich bestreite, dass es diesen Zusammenhang gibt.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, das eine ähnliche Problematik widerspiegelt: Wenn man die Biografien von islamistischen Terrorattentätern betrachtet,

dann stößt man mit einer auffälligen Regelmäßigkeit auf eine privilegierte soziale Herkunft. Es ist nicht die Unterprivilegierung, die Benachteiligung, die das Ohnmachtsgefühl erzeugt, aus dem Wut entsteht, aus der später Hass wird, sondern daraus ist eine durchaus wohlfeile Rechtfertigungsstrategie geworden. Deswegen ist meine Empfehlung, genau hinzusehen und nicht eine Erklärung für die rundum zutreffende zu halten.

**Frank Richter:** Das wollte ich mitnichten behaupten.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Ich habe aber eine andere Theorie. Die ist auch zu einfach, aber ich setze sie Ihrer einmal gegenüber: Ich glaube, dass wir ein großes Problem damit haben, dass wir nach der größten Verirrung unserer Geschichte den größten Aufstieg aller Völker dieser Erde erlebt haben. Wir wissen gar nicht, wohin mit unserem Glück. Wir haben eine Art von Übermut

entwickelt, das, was wir jahrzehntelang für völlig ausgeschlossen gehalten haben, inzwischen für eine schiere Selbstverständlichkeit zu halten und jede auch nur befürchtete Bedrohung dieses vermeintlich ewigen göttlichen Zustandes als eine Zumutung anzusehen.

**Frank Richter:** Sie haben ja den »Pegida-Versteher« neben sich sitzen, der nichts entschuldigen will und schon gar nicht irgendwelchen Entschuldigungsmechanismen Raum geben will, der aber verstehen will, was passiert und was in Menschen abläuft, die sich so verhalten, wie wir es beschrieben haben.

Ich glaube schon zu sehen, dass das Ganze eine besondere ostdeutsche, vielleicht sogar sächsische Komponente hat. Der Osten hat nun einmal eine ganz andere Geschichte mit dieser Demokratie, mit dieser freiheitlich-demokratischen Ordnung als der Westen, und manche Dinge scheinen mir einfach noch nicht angeeignet zu sein. Für





diese Aneignungsdefizite wiederum, meine ich, gibt es auch Ursachen, beispielsweise die Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft mit Funktionseliten aus Westdeutschland. Die sind schon längst hier beheimatet und tun das Beste für dieses Land, aber gleichwohl merkt man es ihnen an, dass sie von woanders herkommen. Dazu gibt es Untersuchungen: Bis zu 60, 70 Prozent der sogenannten Funktionseliten – vielleicht ist das kein glückliches Wort, aber ich nehme es jetzt einmal – sind Menschen, die nach 1990 aus Westdeutschland hierhergekommen sind. Politisch gesehen ist das korrekt, das sind alles Deutsche.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Immerhin.

**Frank Richter:** Sozialpsychologisch gesehen ist es nicht ganz so einfach zu beantworten. Ich habe mich manchmal gefragt: Was wäre in Bayern los, wenn 80 Prozent der Funktionseliten aus Schleswig-Holstein kämen? Alles tolle Schleswig-Holsteiner, aber trotzdem

ein gewisses Gefühl – na ja – der leichten Befremdung. Auch das ist wiederum mitnichten irgendeine Entschuldigung, wohl aber der Versuch zu verstehen. Warum haben wir noch solche Aneignungsdefizite?

Ich möchte Ihnen eine andere Frage stellen, höchst spekulativ, aber sie wird zunehmend diskutiert: Eine Generation nach der Wiedervereinigung Deutschlands, die im Alltag der Menschen doch wohl eher Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes war, eine Generation nach diesem Ereignis drückt es noch einmal ganz elementare Fragen dieser Ordnung gegenüber oder auch den Funktionsträgern dieser Ordnung gegenüber nach oben.

Die »68er« im Westen waren auch ungefähr eine Generation nach der Begründung der Bundesrepublik. Manche spekulieren jetzt und sagen: Kommt sozusagen nach einer bestimmten Zeit, also nach einer Generation, das Ganze

noch einmal auf die Tagesordnung? Gibt es da vielleicht sogar so einen inneren Mechanismus? Das wäre ja aus meiner Sicht sogar der optimistische Ausblick: Wenn wir jetzt im Osten diese Lernerfahrung machen – die DDR hatte ja keine »68er« –, wenn wir intensiv diskutieren und erfahren, an dieser freiheitlich-demokratischen Ordnung kann man sich reiben, in der kann man streiten, und sie ist lösungskompetent, dann würde der von mir diagnostizierte, etwas defizitäre Aneignungsprozess einen kräftigen Sprung nach vorn machen. Also meine Frage: Können Sie mit dieser Generationen-These etwas anfangen?

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Mit der Generationen-These kann ich natürlich etwas anfangen. Es wäre mir auch sehr recht, wenn Sie mit dieser Analogie recht behielten. Denn tatsächlich hat diese 68er-Auseinandersetzung – an die ich mich schon deswegen gut erinnere, weil ich biografisch zu dieser 68er-Generation gehöre, damals aber

auf der anderen Seite der Barrikade gekämpft habe – zweifellos zum Selbstfindungsprozess in der alten Bundesrepublik wesentlich und positiv beigetragen. Insofern gefällt mir Ihre Spekulation – aber es bleibt eine.

**Frank Richter:** Mir ist sie immer sympathischer geworden, je häufiger ich darüber nachgedacht habe. Mein Team in der Landeszentrale und ich, wir haben ja auch durchaus die Erfahrung gemacht, dass gerade in solchen realen Streit-situationen – da kommen wir wieder auf die Dilemmathese zurück – intensive, schnelle Lernerfahrungen gemacht werden können, die rein theoretisch oft gar nicht gemacht werden könnten.

Es gibt einen Moment, der mich beschäftigt hat und auf den ich Sie gern ansprechen möchte. Ich stehe, glaube ich, außer Verdacht, den ehemaligen Funktionären der SED, die die DDR auch gestützt haben, so furchtbar viel Gutes nachsagen zu wollen. Aber ich stehe

auch durchaus dafür, genau hinzuschauen, wie man mit denen umgeht. Am 7. November 2014 hat Wolf Biermann im Deutschen Bundestag auf Ihre Einladung hin gesungen.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Hätte er sollen, ja.

**Frank Richter:** Er sollte singen, hat aber geredet. Er bezeichnete die frei gewählten Abgeordneten der Linksfraktion, so wie ich das gesehen habe, als den elenden Rest derer, die da von damals übrig geblieben sind. Er bekam dann wohl auch Beifall, wenn ich das richtig gesehen habe. Das war ein Moment, der mir einfach nicht gefiel. Ich dachte, das geht nicht. Ich muss da keine Sympathien empfinden, für wen auch immer, aber hier hätte Norbert Lammert vielleicht auch deutlicher einsteigen können.

Ein wenig bin ich auf diese These gekommen: Da ist doch auch eine Tonlage, und Leute, die das so gesehen

haben, die nehmen eine Tonlage auf und vulgarisieren sie möglicherweise auch in einer Art, wie es uns gar nicht gefällt. Darf ich da nach Ihrer Gefühlslage in dem Moment fragen?

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Ich habe mir vor wenigen Wochen zum ersten Mal das Video der Veranstaltung angesehen. Übrigens: Auf diese Sache werde ich wahrscheinlich mehr angesprochen als auf alle anderen Ereignisse in 37 Jahren Parlamentsmitgliedschaft zusammen; es ist, als kreiste der deutsche Parlamentarismus um diese zentrale Szene. Ich habe die damalige Situation natürlich als hochgradig brisant wahrgenommen, weil genau dieser Eskalationsprozess deutlich erkennbar war und ich nicht nur innerlich, sondern formal ein Problem hatte: Wie stoppt man Biermann? Da sind alle nachträglichen Empfehlungen wohlfeil.

Aber ich will Ihnen sagen: Als ich über den Jahreswechsel seine Autobiografie



gelesen habe – die ich im Übrigen sehr zur Lektüre empfehlen kann; ich habe viele Autobiografien gelesen, die meisten sind zäh; diese ist überhaupt nicht zäh, sie ist prall und kommt einem auf jeder Seite entgegenmarschiert –, wurde mir nachträglich klar, dass da gewissermaßen ein Rückspiel ausgetragen wurde. Da sahen wir diese gekränkte, verletzte Seele und das Bedürfnis, nach dutzendfacher Vorführung durch ein Regime, das jetzt mal auf öffentlicher Bühne sozusagen zurückzugeben. Das war, glaube ich, bei ihm so vital, da hätte ich ein Bataillon der Bundeswehr aufmarschieren lassen können – woran ich nicht einen Augenblick lang gedacht habe –, ohne ihn daran hindern zu können. Ich glaube, es war insofern bereinigend, auch wenn es quälend war. Auffällig ist ja immer wieder in solchen Situationen, dass das Gefühl des Gequältseins sehr eindimensional ist. Es sind halt immer die anderen, die einem etwas antun.

**Frank Richter:** Haben Sie ihn später noch einmal angerufen und dann wenigstens am Telefon zur Ordnung gerufen?

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Ja, doch, wir haben unmittelbar nach der Veranstaltung noch einmal darüber gesprochen. Der noch üblere Teil – den ich jetzt aber für mich behalte – war eine Randbemerkung, die er beim Rausgehen gegenüber der Schriftführerin machte, die links neben mir saß und von der er zu treffend vermutete, dass sie auch der Linksfraktion angehörte. Da war wieder dieser Effekt: die Eigendynamik einer solchen Gefühlslage, die dann, jedenfalls subjektiv, nicht mehr steuerbar ist.

**Frank Richter:** Ich bin von Haus aus Theologe und wenn die Wahrheitsfrage angesprochen wird, dann kann ich nicht still sein. Das, was Sie zur Wahrheit in der Demokratie gesagt haben, ist, denke ich, im Raume völlig unstrittig. Gleichwohl darf ich noch einmal darauf zurückkommen.

Ich glaube, Wahrheit ist ein Ereignis, das sich immer in dem Moment ergibt, wenn Kommunikation personalisiert erfolgt, nicht medialisiert, nicht formalisiert, nicht ritualisiert, schon gar nicht vergiftet, sondern wenn Kommunikation personalisiert erfolgt und zwei oder drei oder zehn Menschen für einen kurzen Moment den Eindruck haben, jetzt haben wir uns einander verstanden. Es gibt diese kurzen Momente, die aber sehr schnell wieder vergehen. Jeder geht dann in seine eigenen argumentativen Heimaten zurück und entfernt sich so wieder von dem gemeinsamen Gedanken. Aber diese Momente, selbst in den scheinbar schlimmsten Bürgerversammlungen, habe ich erlebt. Sie lassen sich verbal kaum festhalten, aber es gibt sie.

Ich hoffe, dass ich bei der Stiftung Frauenkirche künftig noch häufiger davon reden können, weil es ja an sich keine politische, vielleicht nicht einmal eine demokratische Dimension

ist. Aber mich würde interessieren, ob Sie diese Erfahrung teilen können und ob Sie uns noch ein paar Tipps geben können, wie diese Kultur – ich nenne sie gern die »Kultur des agree to not agree« – gepflegt werden könnte; dieses zutiefst Einverstandensein, dass wir nicht einverstanden sind, uns in der Sache sozusagen radikal als Demokraten zu streiten und dann dennoch erhobenen Hauptes miteinander davonzugehen und sagen zu können: Wir haben um ein gemeinsames Verständnis gerungen. Das wäre meiner Meinung nach die politische Kultur des Streits, die wir – idealerweise natürlich – anstreben sollten.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Als Sie vorhin meinten, das, was ich zum Thema Demokratie und Wahrheit und Interessen gesagt habe, sei unstrittig, habe ich spontan gedacht: Schön wär's! Wenn es unstrittig wäre, würden wir heute gar nicht hier sitzen und über dieses Thema reden.

**Frank Richter:** Hier im Raum, hatte ich gedacht.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Das Problem besteht darin, dass diese Art von Politikverständnis und Demokratieverständnis vermutlich kaum jemand ernsthaft bestreiten wird. Aber es ist nicht im allgemeinen Bewusstsein verankert, und es wirkt nicht verhaltensprägend. Da sind wir wieder bei der Ausgangsfrage, ob nicht auch Vertreter des etablierten Systems zu diesen Eskalationen bewusst oder unbewusst immer wieder beitragen. Ja, das tun sie – wenn beispielsweise die Suggestion einer Plenardebatte oder einer Parteitage in einer wundersamen Transformation der Beteiligten von dieser abstrakten Einsicht weg und in die Nähe von Wahrheitsansprüchen führt. Dann ist das Umkippen von Konkurrenz in Freund-Feind-Denken nicht mehr weit.

**Frank Richter:** Meine Damen und Herren, ich hätte noch eine Frage in petto, die

ich gern noch loswerden möchte. Ich bitte Sie, Ihre Fragen schon einmal vorzubereiten. Meine letzte Frage an Sie, Herr Lammert: Ich persönlich bin – mein Leben ist nun auch schon 56 Jahre alt – politisch gefühlt, manche Tage zumindest, noch nie so pessimistisch gewesen wie aktuell. Ich bin auch älter geworden – vielleicht hängt es auch damit zusammen –, aber ich entdecke in mir Pessimismus, wenn ich daran denke, dass die düstersten Prognosen für die Entwicklung in Syrien, die ich vor vier oder fünf Jahren gehört habe, eingetreten sind; dass das Projekt der Europäischen Union, das ich über alles schätze, weil ich die Idee dahinter für überzeugend halte, bröckelt, dass es in Krisen gerät. Ich denke an den einen oder anderen, der Präsident wird und mit postfaktischen Thesen punkten kann. Wie ist Ihre Aussicht: Wird diese demokratische Ordnung, die wir so schätzen, bestehen, wird sie das alles aushalten oder werden wir noch mit größeren Verwerfungen zu tun haben?





**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Sie stellen die Frage, als ließe sie sich mit mathematischer Präzision oder jedenfalls mit einer gewissen physikalischen Wahrscheinlichkeit beantworten. Die einzig zutreffende Antwort lautet: Das hängt von uns ab. Alle Ereignisse, die Ursache für Ihre offenkundig eher pessimistische Stimmung sind, sind nachweislich keine Naturereignisse, sondern sind durch Entscheidungen handelnder Personen herbeigeführt worden. Mit anderen Worten: Es hätte auch anders kommen können.

Etwas Ähnliches habe ich am Jahresende beim Besuch eines ökumenischen Gottesdienstes erlebt: Der Pfarrer sagte in seiner Predigt, er fühle sich gelegentlich niedergeschlagen, wenn er zurückblicke auf das, was stattgefunden habe im vergangenen Jahr, und wenn er in die Zukunft schaue. Wenn ihm dann depressiv zumute sei, lege er eine DVD von der Fußballweltmeisterschaft 2014 in seinen DVD-Player – und zwar die

ersten 30 Minuten vom Halbfinale. Dann mache er wieder aus, spiele beim Finale vor bis zur 113. Minute und dann ginge es ihm wieder richtig gut.

Da habe ich gedacht: keine schlechte Idee. Aber wieso brauchen wir, um pessimistische Anwendungen zu überwinden, die Erinnerung an Fußballspiele, wo kurzbehoste Millionäre, die völlig unabhängig vom Ausgang dieser Veranstaltung in eine gesicherte Zukunft marschierten, um einen Pokal gestritten haben? Und warum kommt keiner auf die Idee, eine DVD vom 9. November 1989 einzulegen und sich so an die wundersamste gewaltlose Veränderung, die es nicht nur in der deutschen Geschichte, sondern in dieser Dimension vielleicht in der Menschheitsgeschichte je gab und die zu unseren Lebzeiten stattgefunden hat, zu erinnern?

**Frank Richter:** Ich hätte jetzt fast gesagt: Ich widerspreche Ihnen ungern, müsste es aber trotzdem tun, weil ich

mir diese DVD vom 9. November 1989 tatsächlich ab und zu einmal reinlege. Bei den Fußball-DVDs bin ich nicht so gut; und der Beifall, der hier im Raum kam, zeugt ja wohl aber davon, dass der eine oder andere diese DVDs zu Hause hat. Meine Damen und Herren! Wer von Ihnen möchte eine Frage stellen oder eine Anmerkung loswerden oder auch Widerspruch anmelden? Bitte schön.

**Friedrich-Wilhelm Junge (Fragesteller):** Mein Name ich Friedrich-Wilhelm Junge, und ich bin trotz meines hohen Alters immer noch Schauspieler und auf der Bühne tätig. Ich möchte Ihnen aufgrund meiner Profession zunächst einmal ganz herzlich für Ihr makellostes Deutsch danken, in dem Sie sehr komplizierte Gedankenverbindungen auf eine sehr verständliche und plausible Weise darlegen können. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Ich habe natürlich gehört, dass Sie demnächst nicht mehr Bundestags-

präsident sein werden. Bedeutet das, dass Sie uns in der Öffentlichkeit und der öffentlichen Wahrnehmung damit verloren gehen, da Sie sich weigern, Talkshows zu besuchen und bestimmte Interviews zu geben? Bislang war es so, wenn Sie irgendwo zu einem entscheidenden Thema etwas gesagt haben: Es war sehr nachdrücklich, es war eindrücklich. Ich zitiere mal Peter Hacks aus seinem wunderbaren Stück »Adam und Eva«, in dem er den lieben Gott sagen lässt: »Wir alle unterhalten uns, indem wir, was wir miteinander wissen, zueinander sagen.«

Natürlich kann man sagen, dass heute Abend niemand oder kaum jemand da sein wird, den Sie eines Besseren belehren könnten, sollten oder müssten. Sondern es sind im Wesentlichen wohl Menschen versammelt, die ohnehin auf der gleichen Woge schwimmen – nehmen wir mal an. Aber eines habe ich dazu immer wieder gesagt, und spätestens nach der deutschen Einheit: Es ist außer-

ordentlich wichtig, dass wir uns immer wieder zusammenfinden in Gesprächskreisen und Gruppen, wie auch immer. Das heißt, diese wunderbare Tradition aus der DDR, die Demokratie im Wohnzimmer nicht abzuschalten, das heißt, dass wir uns immer wieder auch gerade mit Gleichgesinnten treffen, um die Frage zu stellen: Sag mal, bin ich so blöd, sehe ich das falsch, wie siehst du das? Das heißt, dass wir uns gegenseitig mit Argumenten munitionieren, die wir so bislang nicht auf der Pfanne hatten, weil jeder von uns irgendwann in der Öffentlichkeit einmal in eine Auseinandersetzung gerät. Wir brauchen das gute, einleuchtende Argument. Wir brauchen eine Art von Beweisführung von einem Vorgang, ihn zu erklären, wie wir es so bislang nicht konnten. Damit wir dann sicher werden, wenn wir als aufgeregte Demokraten, die hin und wieder mal »einen Hals kriegen« bei einigen Menschen, denen mit einem Argument begegnen und sagen können: Vorgestern war ich in einer Verant-

tung, da war Norbert Lammert. Der hat das folgendermaßen gesagt: ... Das leuchtete ein. Das heißt, dass wir die anderen Argumente zu unserem eigenen Bestand machen. Daher meine Bitte: Bleiben Sie uns erhalten – auch in der Öffentlichkeit!

**Frank Richter:** Das war eine Bitte, keine Frage.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Also, ich wandere nicht aus.

**Frank Richter:** Bitte, Frau Hermenau.

**Antje Hermenau (Fragestellerin):** Guten Abend, Herr Lammert. Ich bringe eine Anmerkung an sowie eine These, zu der ich gern Ihre Einschätzung haben würde. Die Anmerkung: Interessant ist, dass Sie sagen, es wäre der 9. November 1989 gewesen, den Sie feiern würden. Für mich ist das Grundgefühl der 9. Oktober in Leipzig oder meinerwegen der 8. Oktober in Dresden – der Tag, an dem



wir nicht erschossen worden sind. Das ist etwas anderes. Es gibt viele Menschen, die zumindest älter als 45 Jahre sind und denen das sehr plastisch ist, dass man etwas ganz Großartiges bewerkstelligen kann – sicherlich erst recht in einer Demokratie, wenn es denn in einer Diktatur gelungen ist –, ohne dafür erschossen zu werden.

Die These: Wenn man das im Rücken hat und ein grundsätzliches Unbehagen spürt, das tiefer geht als eine Meinungsverschiedenheit über Rentenhöhen und Hartz-IV-Sätze, sondern darauf abzielt, ob die Demokratie wehrhaft genug ist, ob die Demokratie in der Lage ist, den Wohlstand zu schützen, den man sich mit großer Mühe erarbeitet hat und auf den man sehr stolz ist, oder ob die Demokratie das nicht leisten kann bzw. die Akteure das vielleicht nicht genug vermitteln können, was ja auch eine mögliche Auslegung ist, dann – so meine These – sind hier viele Menschen bereit, sehr weit zu gehen, um das

herauszufinden, damit sie wieder eine gewisse Sicherheit empfinden können. Die Wege dahin sind sehr unterschiedlich, auch von unterschiedlicher Ästhetik – das will ich gar nicht verheimlichen. Aber es gibt ein Suchen und Finden, es gibt eine Trial-and-Error-Methode in der Bevölkerung. Meine Frage ist, wie Sie dazu stehen und wie man damit umgehen soll – denn sich heraushalten geht nicht und beschimpfen geht nicht; so viel würde ich festhalten wollen.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Zunächst einmal leuchtet mir sehr ein, Frau Hermenau, dass Sie sagen, schon das Datum sei irgendwo willkürlich, jedenfalls nicht in der Weise verallgemeinerungsfähig, wie sich das vielleicht angehört hat. Ob nun der 9. November oder für andere vielleicht – aber im Kontext der gleichen historischen Veränderung – ein anderes Datum viel stärker identitätsstiftend wirkt: Es läuft im Ergebnis auf die gleiche Art

von Selbstfindung und Selbstvergewisserung hinaus.

Ich glaube auch – ohne dass ich diesbezüglich in irgendeiner Weise über besondere Sachkompetenz verfügte –, dass es aus verständlichen und plausiblen Gründen eine andere politische Sozialisation gibt, die sich nicht 25 Jahre nach diesen großen Ereignissen gewissermaßen in Luft auflöst, sondern dass das ein Prozess ist, der Generationen braucht und dessen Ende man vielleicht an manchen Stellen zu früh vorausgesetzt hat. Ich kann insofern mit diesem Selbstfindungs- und Ausprobierprozess durchaus etwas anfangen, leide aber unter den Diskrepanzen, die es erkennbar – nicht nur hier, sondern überall – zwischen immer heftiger und ultimativer eingeforderten Partizipationserwartungen auf der einen Seite und tatsächlicher Mitwirkungsbereitschaft auf der anderen Seite gibt.

Ich habe beispielsweise dem Sachsen-Monitor entnommen, dass etwa 75 Prozent der Sachsen sagen, sie erwarten mehr Mitwirkungsmöglichkeiten. Und dann – das wird natürlich von den Experten nicht unmittelbar hintereinander abgefragt, sondern einige Fragen später – stellt sich heraus, dass von den gleichen Leuten nur 20 Prozent sagen, dass sie von den vorhandenen Möglichkeiten der direkten Mitwirkung schon einmal Gebrauch gemacht hätten. Das heißt, man artikuliert Erwartungen mit dem Unterton, die gebe es ja nicht, räumt aber an späterer Stelle ein: Eigentlich interessiert es mich auch gar nicht, aber aus Prinzip muss ich schon darauf Wert legen, dass es sie geben soll. Oder ein anderes Beispiel, das sich nun allerdings bundesweit verallgemeinern lässt: In der gleichen Umfrage sagen 80 Prozent der Sachsen, dass sie politische Parteien für wichtig halten. Das ist ja schon einmal etwas. Aber nur ein Bruchteil ist bereit, sich in irgendeiner politischen Partei zu

engagieren. Sie sehen, das ist ein weites Feld.

**Frank Richter:** Vielen Dank. Wir haben noch zwei Fragen.

**Prof. Dr. Eckhard Jesse (Fragesteller):** Ich bin von der Technischen Universität Chemnitz – kein Schauspieler, auch kein Politiker. Wir haben in Deutschland leider eine Polarisierungskultur bzw. eine Konsenskultur, aber keine angemessene Streitkultur. Ich will jetzt einmal ein Beispiel nennen. Herr Präsident, wieso konnte die CDU bei der Bundespräsidentenwahl keinen Gegenkandidaten zu Frank-Walter Steinmeier aufstellen? Um nicht missverstanden zu werden: Steinmeier ist ein ehrenwerter Mann, ein sehr guter Mann. Aber wäre nicht ein knapper Sieg gegen ernsthafte Konkurrenz besser gewesen als ein klarer Sieg ohne Konkurrenz? Meine Frage ist: Sehen Sie Möglichkeiten, wie wir die Streitkultur zurückbringen können und wie wir die Polarisierungs-

kultur zurückdrängen können? Meine Nebenfrage, die mir besonders am Herzen liegt: Wieso gibt es so wenige Politiker wie Sie, die der Meinung sind, wenn wir als Parteien schon Stimmen verlieren, wollen wir wenigstens angemessene Mandate erhalten im Deutschen Bundestag?

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Was das letzte Thema angeht, bin ich für jede Ermutigung dankbar – die mir allerdings nicht weiterhilft, wenn nicht die real existierenden Parlamentarier bereit sind, dieses offensichtliche Problem auch tatsächlich zu lösen. Damit will ich aber nicht den Rest des Abends beschweren.

Was das erste Stichwort betrifft, so bin ich mir nicht ganz sicher – auch wenn ich die Frage für völlig naheliegend halte – ob die Wahl des Staatsoberhauptes das denkbar beste Beispiel für das Exemplifizieren von Streitkultur und Konkurrenzsituation ist. Weder





würde ich es für unangemessen oder unpassend halten, über die Besetzung des höchsten Amtes in Konkurrenz von ebenfalls infrage kommenden und nicht nur nominellen Kandidaten zu entscheiden, noch würde ich umgekehrt den Umstand, dass es eine faktische Allparteienkoalition des etablierten Politiksystems für einen Kandidaten gibt, als Nachweis der Unfähigkeit zu Konkurrenz oder Rivalität sehen.

Das prinzipielle Dilemma, das sich zwischen Konsensfähigkeit und Konkurrenzreflex ergibt, habe ich vorhin bereits beschrieben. Und in ziemlich genau dieser Lage befinde ich mich auch selbst; ich möchte das jetzt nicht wiederholen. Ich glaube aber schon, dass es unter dem Strich zu den Vorzügen unseres Systems gehört. Und dass sich unser Land in einer nachweislich deutlich besseren inneren und äußeren Verfassung befindet als die allermeisten anderen Länder in Europa – vom Rest der Welt gar nicht zu reden –, hängt

auch mit diesen Errungenschaften zusammen.

Aber als Deutsche hätten wir natürlich am liebsten alles gleichzeitig und möglichst perfekt und sind auch ungern bereit zu akzeptieren, dass das Erreichen eines beinahe optimalen Zustands an der einen Stelle oft mit dem Preis von Einbußen an einer anderen Stelle bezahlt werden muss. Deswegen habe ich mehrfach darauf hingewiesen: Dieses oder jenes ist so, aber lasst uns nicht übersehen, wir zahlen dafür einen Preis.

**Frank Richter:** Mit dem Blick auf die Uhr ist meine Aufgabe, jetzt den letzten Fragesteller zu ermutigen. Bitte schön.

**Stefan Scharf (Fragesteller):** Frau Hermenau hat bereits auf die Partizipationsbedürfnisse verwiesen. Ich bin heute in Begleitung von Clemens Pleul, dem Studenten von Herrn Professor Patzelt, der Pegida von Beginn an beobachtet hat. Bevor es dort zu politi-

schen Bedürfnissen kam, etwa zu sagen, wir wollen eine Partei oder wir wollen politisch vertreten werden, gab es bei Pegida schon ganz früh den Ruf: Redet nicht mit der Presse. Das ist Lüge. Es gab ein ganz starkes Bedürfnis, die eigene Biografie nicht der öffentlichen Verhandlung durch Dritte preiszugeben. Heute erleben wir, dass der frisch gewählte amerikanische Präsident einen für uns sehr ungewöhnlichen Umgang mit der Beugung der Wirklichkeit, wie wir sie kennen, übt. Ich möchte einmal fragen: Bedarf die öffentliche Debatte vielleicht auch wieder einer Relativierung dessen, was durch bloße Abstimmung oder Verteilung einfach wirklich ist? Muss man dem Bürger nicht auch einmal sagen: Leute, das können wir so nicht klären, bis dahin ist es möglich, weiter aber nicht.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Je stärker sich die persönliche Urteilsbildung in einem zunehmend hermetischen Raum unter Gleichgesinnten mit denselben

Informationsquellen zu den gleichen Sachverhalten abspielt, desto aussichtsloser wird die Chance für eine kommunikative Überwindung der dadurch entstehenden Grenzen. Wir sind hier bei einem wichtigen Thema: Wie verändert sich nicht nur, aber auch und gerade unter Berücksichtigung von technischen Kommunikationsmöglichkeiten, die früheren Generationen gar nicht zur Verfügung standen, die Art und Weise, mit der sich eine Gesellschaft über ihre eigenen Aufgaben, über ihre eigenen Ziele, über ihre eigenen Interessen verständigt? Und wie weit ist das wirklich noch ein Diskurs oder nur noch ein wechselseitiger Zuruf – der im Übrigen, ohne das Wahrheitsargument überstrapazieren zu wollen, mit dem Brustton der Überzeugung erfolgt, dass die jeweils eigene Position die einzig mögliche sei?

**Frank Richter:** Meine Damen und Herren! Soweit die Gestaltung dieses Abends an mir liegt, muss ich jetzt an dieser

Stelle einen Schlusspunkt setzen. Ich glaube, in Ihrer aller Namen sprechen zu können: Sehr geehrter Herr Lammert, recht herzlichen Dank, dass Sie hier waren. Es war eine großartige Stunde auf der politischen Bühne.

Ich habe mir überlegt, ich sollte Ihnen ein kleines Geschenk machen – eines, das nicht so schwer ist und mit in den Flieger genommen werden kann –, und da ist mir eine kleine Figur in die Hände gekommen. Erstens: Ihnen wird nachgesagt, man kann ein Parlament auch mal mit Humor leiten. Mir wurde immer mal wieder nachgesagt, dass Humor auch in der politischen Bildung durchaus erlaubt sei – das ist nicht überall so. Aber ich habe es gepflegt, zum Beispiel in der Herkuleskeule, das politische Kabarett als einen Ort der politischen Bildung zu sehen – davon war ich immer überzeugt.

Zweitens: Prag ist von Dresden aus gesehen näher als Berlin. Auf der Auto-

bahn fährt man jetzt circa eine Stunde und 15 Minuten, während die Deutsche Bahn wohl nach wie vor über zwei Stunden nach Berlin braucht – länger als zu DDR-Zeiten. Deswegen bin ich oft in Prag. Dort gibt es den »Schwejk« von Jaroslav Hašek. Da kann man auf ganz wunderbare Weise lernen, wie man Weltgeschichte, wie man Politikgeschichte von ganz unten beschreiben kann mit sehr, sehr viel Humor. Jaroslav Hašek hat im Zusammenhang mit seinem Roman »Schwejk« ja auch eine politische Partei gegründet, die sehr konsensorientiert aufgestellt war. Diese Partei hieß mit Klarnamen »Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten«. Vielleicht als kleine Erinnerung an diesen Abend in Dresden, der auch Prag sehr nahe ist, eine kleine Figur vom Schwejk von mir für Sie.

**Prof. Dr. Norbert Lammert:** Wunderbar, ich danke Ihnen sehr. Und Ihnen alles Gute!





**Dr. Matthias Rößler:** Sehr geehrter, lieber Herr Bundestagspräsident, lieber Frank Richter, meine Damen und Herren. »Was ist Wahrheit?«, hat Pontius Pilatus Jesus Christus gefragt. Der hat auf die Frage nicht geantwortet. Wir wissen von unserem Bundestagspräsidenten: Man sollte darauf auch nicht antworten, und ich bin eigentlich froh, dass zumindest heute Abend von den beiden, die hier vorn gesessen haben, keine Antwort darauf gekommen ist. Aber wir danken Ihnen ganz besonders, Herr Bundestagspräsident, für die Erkenntnisse, die wir aus diesem Abend mitnehmen dürfen. Sie haben aus Ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht. Dafür und für Ihre Diskussionsfreude gilt Ihnen unser besonderer Dank.











## Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012
- Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013
- Heft 6: »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013
- Heft 7: »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!« am 26. Mai 2015
- Heft 8: Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015
- Heft 9: »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« am 7. Juni 2016

Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de), per E-Mail unter [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de) oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.



